

trotz allem noch IG-Metall-Chef Loderer. Spätestens auf dem nächsten DGB-Bundeskongreß will er erneut einen Antrag gegen die Vermögensbildung vorlegen: „Wir wollen Reformen nicht aus den Erträgen eines Fonds finanzieren, sondern aus den Mitteln, die wir dem Staat geben, indem wir die Unternehmer schröpfen.“

Von Parteidisziplin will der Vorgesprecher von 2,3 Millionen Metallern schon gar nichts wissen: „Die Partei kann mir nicht vorschreiben, was ich als Repräsentant einer DGB-Organisation tun darf oder nicht tun darf.“

USA-REISE

Viel Rauch

Wochenlang besprachen Brandt und Nixon geld- und weltpolitische Fragen am Telephon — nun suchen sie den direkten Kontakt.

Aufgeregt läutete der Beamte aus der Fernschreibzentrale des Auswärtigen Amtes am Samstagabend der vorletzten Woche seinen Kollegen vom Bereitschaftsdienst an: Soeben komme ein Telex „über den Besuch“ aus dem Ticker; was er damit tun solle.

Der Diplomat vom Dienst, vollauf mit dem Wochenende beschäftigt, schaltete falsch. Er hielt das Fernschreiben für eine Routinemitteilung über den bevorstehenden Besuch des KP-Generalsekretärs Leonid Breschnew am Rhein und gab Order: „Das hat Zeit bis Montag.“

So geschah, daß ein Kabel des Gesandten Hans Heinrich Noebel, derzeit amtierender Chef der westdeutschen Botschaft in Washington, zwei Tage im verwaisten Außenamt liegenblieb und die Empfänger, Kanzler Brandt und Außenminister Scheel, erst am Montag früh erreichte.

Dabei war die Nachricht, daß US-Präsident Richard Nixon dem westdeutschen Regierungschef und seinem Vize am 1. und 2. Mai zu ausführlichen Gesprächen in Washington zur Verfügung stehe, in Bonn begierig erwartet worden. Dem Kanzler lag daran, noch vor seinen Bonner Gesprächen mit dem Sowjet-Führer Mitte Mai die Beziehungen zu Washington neu abzusichern und den Verdacht auszuräumen, die neuen Vertragspartner in Bonn und Moskau kämen sich allzu nah.

Überdies hoffte der Sozialdemokrat, jene publizistische Welle von Antiamerikanismus zu brechen, die inner- und außerparlamentarische Opposition mit dem Hochspielen lokaler Proteste gegen US-Militärflugplätze und verbaler Kraftformeln von Jungsozialisten aufzuschaukeln suchten.

Um den Nachweis zu führen, daß selbst im helfhörigen Bonn Regierungsgeschäfte noch geheim bleiben können,

hatte der Kanzler eine Geheimniskrämerei inszeniert, die erst von der Panne am Ticker beendet wurde. Nur ein kleiner Kreis von Auserwählten wußte, daß Kanzler und Präsident seit Wochen per Telephon, Telex und Brief engen Kontakt pflegten.

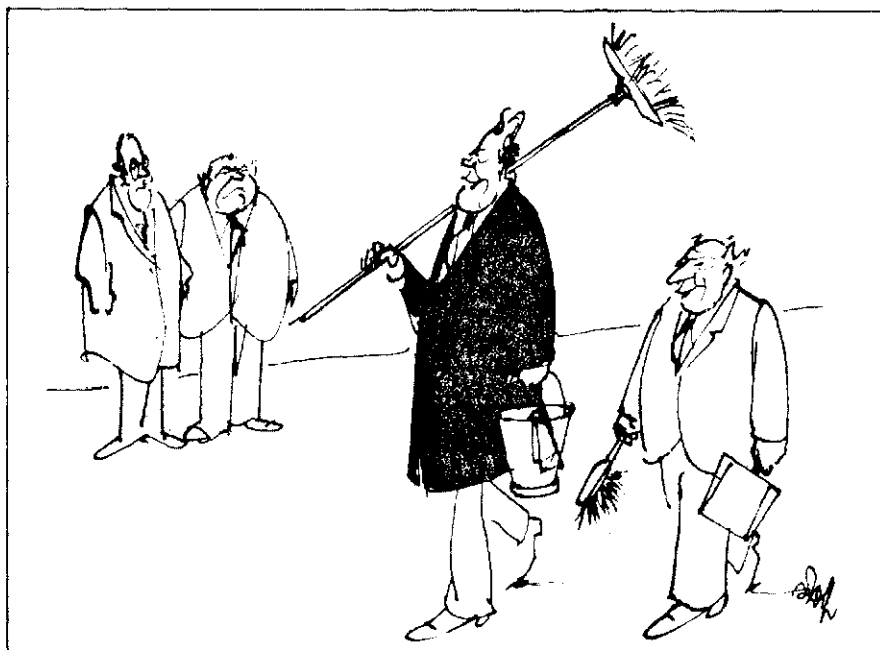
Zunächst, während der Dollarkrise Anfang Februar, hatten der Deutsche und der Amerikaner lediglich aktuelle Geldfragen besprochen. Doch bald schon weitete sich das Fachgespräch zu einer allgemeinen politischen Diskussion aus — über US-Truppenpräsenz in der Bundesrepublik, Verminderung von Streitkräften, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die amerikanischen Sorgen über ihre Handelsbeziehungen zur Europäischen Gemeinschaft.

Mitte März schließlich ließ der Präsident durchblicken, es sei wohl besser,

amerikanische Zeitungsredaktionen bei ihren Bonner Korrespondenten ausführliche Berichte über die Wandlungen des bislang stets folgamen Musterschülers.

Freilich — das Feindbild wollte nicht recht gelingen, die Journalisten versuchten die CBS-Montage zurechtzurücken. David Binder, Korrespondent der angesehenen „New York Times“, hielt das Problem gar für eingebildet und erklärte sich außerstande, einen Schreckensbericht zu liefern.

Westdeutsche Zeitungsleute, voran die Springer-Journalisten, konnten es besser. Material lieferte US-Professor Walter F. Hahn, der ein „informelles Arrangement“ (Hahn) mit dem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält und nach einem Besuch bei CDU-MdB Karl Carstens in



„Wir gehen nach Washington, um das deutsch-amerikanische Verhältnis zu bereinigen“

das schwierige Ferngespräch durch eine Unterhaltung von Staatsmann zu Staatsmann zu ersetzen. Aufgeschreckt durch Meldungen, nach denen Breschnew noch vor seiner für Juni geplanten Washington-Reise am Rhein Station machen werde, und irritiert durch ein dramatisches Fernseh-Feature über wachsende USA-Feindlichkeit in Westdeutschland, wollte sich die Nixon-Administration der Treue ihres Bündnispartners versichern.

Am 14. und 15. März war über die Bildschirme zwischen Atlantik und Pazifik ein Film des Bonner CBS-Korrespondenten John Sheahan geblinmt, der Wirtshaus-Krawalle und Proteste fränkischer Bürger vor der US-Botschaft in Bonn gegen einen Truppenübungsplatz zu einer breiten antiamerikanischen Strömung in der Bevölkerung umgedeutet hatte. Prompt orderten

Bonn in dem konservativen Universitäts-Periodikum „Orbis“ den Inhalt eines Gesprächs deutete, das er im Januar 1969 mit dem damaligen Planungschef des Außenministers Brandt, Egon Bahr, geführt hatte.

Der Kanzler-Berater — so Hahn — habe bei dieser Gelegenheit seinem amerikanischen Gastgeber einen Vier-Stufen-Plan zur Entspannung enthüllt, der — über Anerkennung der DDR, Gewaltverzichtsabkommen und diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten, gleichgewichtige Truppenreduzierung in BRD und DDR — schließlich in der Auflösung von Nato und Warschauer Pakt gipfelte.

Insbesondere die Zündung der letzten Stufe mochte die oppositionelle CDU/CSU nicht versäumen. Im Bundestag, während der Generaldebatte

über den Haushalt 1973, argwöhnte CSU-Chef Franz Josef Strauß: „Wo so viel Rauch ist wie im Falle Bahr, ist sicherlich auch ein Feuer darunter.“

Der Rauch stört auch den Kanzler. Zwar warf er der Opposition vor, „zum Schaden der Allianz das Gespenst des Antiamerikanismus zu produzieren“. Doch sorgt sich der Regierungschef, daß allzu heftige Kritik an Nixons Politik und vergleichsweise harmlose Reibereien zwischen Bevölkerung und US-Truppen vom transatlantischen Partner als gefährliche Ami-go-home-Bewegung mißverstanden werden können.

Diese Fehlinterpretation wiederum — so Brandts Sorge — könnte Senatoren wie den einflußreichen Demokraten Mike Mansfield, seit Jahren Verfechter eines amerikanischen Truppenabzugs aus Europa, das Argument liefern, die Deutschen selber hätten die US-Präsenz in ihrem Lande leid. Dem cleveren Taktiker Nixon fielen es dann leicht, unter Berufung auf den Senator seiner Forderung nach mehr Milliarden für die Stationierung von amerikanischen Truppen Nachdruck zu verleihen.

Ein Bonner US-Diplomat über die Erwartungen seiner Vorgesetzten in der Zentrale: „Die denken immer noch, es müsse so sein wie 1955 unter Adenauer.“

FDP

Fatale Neigung

Nach den letzten FDP-Landesparteitagen hofft Horst-Ludwig Riemer, Landesvorsitzender in Düsseldorf, den Konflikt mit dem sozialdemokratischen Bündnispartner anscharfen zu zu können.

Aufgeregt sprang Sonderminister Werner Maihofer auf. „Aber das ist doch alles Unsinn“, beschwor der FDP-Professor in einem Nebenzimmer der Siegener Siegerlandhalle seine Parteifreunde, „das können Sie doch gar nicht beschließen.“

Doch was dem Chef-Programmatiker der Liberalen unmöglich schien, kam den meisten der Versammelten gerade recht.

Im Arbeitskreis Wirtschaft des nordrhein-westfälischen FDP-Landesparteitages stimmten sie am vorletzten Wochenende für einen Antrag, der die frei-demokratische Delegation bei den bevorstehenden Mitbestimmungs-Gesprächen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund auf das 1971 in Freiburg beschlossene Programm verpflichten sollte. Aufgebracht verließ der abgeschlagene Maihofer, der damals mit nur einer Stimme unterlegen war, den Saal.

Horst-Ludwig Riemer, NRW-Wirtschaftsminister, FDP-Landesvorsitzender und politischer Gegenspieler Maihofers, blieb. Sein harter Einsatz für das nach ihm benannte und 1971 in

Freiburg beschlossene Modell für die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Großbetriebe (sechs Anteilseigner, vier Arbeitnehmer und zwei leitende Angestellte) hatte sich gelohnt, der Bonner Sonderminister, der demonstrative Kompromißbereitschaft gegenüber den auf der Parität von Kapital und Arbeitnehmern bestehenden Sozialdemokraten empfahl, war abgewiesen worden.

Spätestens seit jenem Wochenende glaubt Riemer den hausinternen Streit um die Konflikt-Strategie gegenüber der SPD entschieden. Unisono attackierten die Provinz-Liberalen auf den Landesparteitagen der hessischen und rheinland-pfälzischen FDP in Eschwege und Trier den Bonner Bündnispartner. Hessens FDP-Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry wettete gegen die „Verfechter sozialistischer Irrwege“. Und Innenminister Hans-Dietrich Genscher, heimliches Oberhaupt der rech-



General-Anweisungen: „Das war der Umschwung.“

Zusätzliche Genugtuung bereitet dem NRW-„Zaunkönig“ (SPD-„Vorwärts“), daß Maihofer bei seinen Bonner Freunden in Ungnade gefallen war. In der Bundestagsfraktion wurde der FDP-Denker wegen seiner fatalen Neigung zu Interviews angegriffen, die ihn dazu trieb, laufend neue Kompromißvariationen für die Mitbestimmung feilzubieten.

Maihofer-Freund Martin Bange-mann: „Wir haben ihm alle gesagt, es hat keinen Zweck, jeden Montag mit den Bundesligaergebnissen neue Zahlenmodelle bekanntzugeben.“ Maihofer-Freund Gerhart Baum, Parlamentarischer Staatssekretär in Genschers Innenministerium, nachsichtig: „Er muß mal in Urlaub gehen.“

Nach Maihofers Ab- und Riemers Aufwertung auf den Landesparteitagen machte die Bonner FDP-Spitze dem



FDP-Mitbestimmungs-Experten Riemer, Maihofer: Modelle wie Bundesligaergebnisse

ten Riemer-Riege, erinnerte das Partei-volk wieder einmal an das „Wächteramt“ der Liberalen. Riemer zufrieden: „Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß wir eine gemeinsame Strategie haben, dann haben die Parteitage ihn gebracht.“

Die Wende hat sich — so glaubt Riemer — nach dem Bekanntwerden einer Nachwahlanalyse abgezeichnet, die den Parteioberen klarmachte, daß die FDP sich als eigenständige politische Kraft noch längst nicht stabilisiert hat (SPIEGEL 12/1973), daß ihr bei den Arbeitnehmern kein verlässlicher Stimmblock gewiß ist und daß sie auf die kapriziöse Gruppe der Mittelständler angewiesen ist.

Im Bundeshauptausschuß hatte FDP-Generalsekretär Karl Hermann Flach nach dieser Expertise die „widerliche Nähe“ zur Fünf-Prozent-Klausel beklagt und deutlichere Abgrenzung zum Regierungspartner empfohlen. Riemer freute sich über die markigen

Quertreiber aus Düsseldorf Avancen: Neben dem Sonderminister wurde Riemer in die Delegation aufgenommen, die im Mai mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund über Mitbestimmung reden wird. Und schon bei der Vorbesprechung der FDP-Crew setzte sich Riemer wieder durch: Entgegen den Wünschen seines Intimgegners wurde statt einer Konferenzserie nur ein Treffen mit dem DGB verabredet. Selbst dabei soll keineswegs über Kompromisse mit den Gewerkschaften verhandelt werden. Riemer beharrt: „Kompromißvorschläge können sich nur in Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner ergeben.“

Freilich, der Chef-Liberale aus NRW könnte die neue Stärke leicht überschätzen. Schon im Bundeshauptausschuß hatte Flach — ohne den Strategen beim Namen zu nennen — vor „überzogener Konfliktstrategie“ und vor „Trouble-Machern“ gewarnt. Im Bundesvorstand rückte er weiter ab